

Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik, 7. Mai 2010

Die Soziale Frage stellt sich zuerst in der Stadt

Integration fördern – Armut bekämpfen

Die Soziale Frage nachhaltig angehen: Integration fördern und Armut bekämpfen – Grundsätze und Leitlinien der Städteinitiative

Referat von Stadtrat Martin Waser, Vorsteher des Sozialdepartements der Stadt Zürich

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich trete heute vor Sie, um mich vorzustellen. Denn ich halte nicht viel von «stillen Wahlen». Sie müssen schon etwas wissen von Ihrem zukünftigen Präsidenten.

Als ich Mitte 2008 von Monika Stocker das Sozialdepartement übernommen habe, ist mir etwas am neuen Arbeitsort besonders aufgefallen: Die Sprache im Sozialwesen erschien mir vorwiegend defensiv und auch etwas depressiv, alles ist «schwierig» oder «schlimm».

Diese Ausgangslage hat mich herausgefordert und ich habe mir einige Gedanken über die menschliche Gesellschaft und individuelle Existenz gemacht. Das Leben des Menschen ist faszinierend und reich an Möglichkeiten. Es ist aber auch hindernisreich und mit vielen Risiken verbunden. Wie leicht kommt man in Schwierigkeiten: Arbeitslosigkeit, gescheiterte Selbständigkeit, Krankheit, Scheidung, Verlust von wichtigen Bezugspersonen und so weiter werfen uns aus der Bahn. Je nach persönlichem Umfeld können Schwierigkeiten privat aufgefangen werden, bei vielen ist das aber nicht der Fall, und sie sind früher oder später auf die Unterstützung der Sozialhilfe oder auf andere Leistungen angewiesen. Spätestens dann gelten sie als «arm».

Wir machen uns Bilder der Armut. Sie sind schwer zu fassen. Armut ist gleichzeitig aufdringlich und unsichtbar, laut und verschämt. Der «würdige» Arme hat ein Kindergesicht, ist getroffen vom Schick-

2/5

sal und erweist sich dankbar gegenüber allem, was ihm zukommt. Der «unwürdige» Arme trägt Schuld, ist widerspenstig oder faul. Dieser Umgang hat Tradition: Der Umgang mit Armut war in den letzten Jahrhunderten zwischen Galgen und Erbarmen angesiedelt. In der Öffentlichkeit speisen diese Bilder je nach politischer Grundhaltung die Missbrauchsdebatte, Sündenbock-Geschichten oder Verteilergerechtigkeit und Solidarität. Um Letzteres geht es mir. Wir finden dazu in der Präambel der Bundesverfassung: «...gewiss, dass frei nur ist, wer sein Freiheit gebraucht und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.» Konkretisiert wird dieser Grundsatz in Artikel 12: «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auch die Mittel, die für ein menschwürdiges Dasein unerlässlich sind.» Es ist unsere vornehme Aufgabe, diesen Auftrag gewissenhaft umzusetzen.

Gewiss sind die Felder, die das Sozialwesen bearbeitet, nicht immer erfreulich: Es gibt viele traurige Geschichten, schlimme Schicksale und hier werden auch viele Ungerechtigkeiten wie durch eine Lupe vergrössert, deutlich und sichtbar. Gerade darum bin ich überzeugt, dass Sozialpolitiker und auch die Sozialarbeit gut beraten sind, wenn sie ihr Wirkungsfeld als Herausforderung begreifen. Wir sind nicht die Opfer, sondern können etwas zur Veränderung der sozialen Lage beitragen. Wir glauben an die Menschen und wissen, dass arm nicht gleich dumm ist. Wir setzen uns aktiv mit den individuellen und gesellschaftlichen Realitäten auseinander. Wir suchen und finden Mittel und Wege, dass unsere Gesellschaft allen eine menschenwürdige Existenz sichert und Lebensperspektiven eröffnet.

An sich funktioniert die soziale Sicherheit in der Schweiz ja gar nicht schlecht – Lamentieren ist nicht angezeigt. Doch ist unser Sozialstaat doppelt fragmentiert: Die Zuständigkeiten liegen auf verschiedenen staatlichen Ebenen, und die Vernetzung zu anderen Politikfeldern ist nicht so ausgereift, wie sie sein könnte. Beides verhindert oft die besten Lösungen.

Es ist eine Binsenwahrheit: In den Städten manifestiert sich die Soziale Frage und kommen neue Themen zuerst aufs Tapet. Aber: Sozialpolitik kann trotzdem nicht nur auf der lokalen Ebene gestaltet werden – wir müssen unsere Kompetenz auch auf der nationalen Ebene selbstbewusst einbringen. Schliesslich sind wir dafür da, die Probleme anzugehen, uns einzubringen, Lösungen vorzuschlagen und überzeugende Strategien durchzusetzen.

3/5

Mein Vorschlag: *Die Städteinitiative ist ein Kompetenzzentrum für lokale Sozialpolitik, lösungsorientiert und reich an Erfahrung!* Das wäre mein Leitsatz für die nächsten paar Jahre. Gerne würde ich mit Ihnen hier anknüpfen, die Workshops nach der Pause sollen einen ersten Anstoss dazu geben.

Lassen sie mich dazu drei mir zentral erscheinende Aspekte herausgreifen:

1) Das Sozialsystem muss neu abgestimmt werden

Dass auf verschiedenen staatlichen Ebenen und von unterschiedlichen Sozialversicherungen Beiträge zur sozialen Sicherung geleistet werden, ist historisch erklärbar. Es verursacht aber Reibungsverluste und unerwünschte Nebenwirkungen. Diese müssen ehrlich angesprochen werden, auf allen Ebenen. Hier sind wir mit in der Verantwortung und können einen Beitrag leisten.

Weiter animiert dieses System – und dieses Thema kennen Sie hier zur Genüge – die verschiedenen Akteure, die eine Kasse auf Kosten einer anderen zu sanieren. Diese Prozesse verlaufen in aller Regel von oben nach unten: Der Bund und die Sozialwerke verlagern ihre Kosten auf Kantone und Städte, und auch die Kantone versuchen, sich an den Städten, die die Sozialhilfe als letztes soziales Netz betreiben, schadlos zu halten. Das ist nicht konstruktiv und auch nicht nachhaltig. Den Menschen nützt das gar nichts und es wird unnötig viel Energie und Einfallsreichtum in diesem Bereich verschleudert. Ich meine, hier könnte die Städteinitiative noch etwas besser werden: Sie muss in der Lage sein, die Folgen solcher Verlagerungen aufzuzeigen und sich damit Gehör zu verschaffen.

Gesucht sind Alternativen, die von den Bedürfnissen der Bezügerinnen und Bezüger ausgehen und die Instrumente darauf ausrichten. Darum reicht es nicht, den Status quo zu verteidigen! Es braucht eine konkrete Vision, wie die Systeme nachhaltig aufeinander abgestimmt werden können. Wir müssen die Frage, was es für das Gesamtsystem braucht, hartnäckig zur Diskussion stellen und konstruktive und realistische Antworten vorschlagen.

2) Die Soziale Frage breit angehen

Die Fragmentierung der sozialen Frage betrifft verschiedene Politikfelder, die Auswirkungen auf soziale Themen haben. Eine nachhaltige Sozialpolitik kann sich nicht auf Fragen der Umverteilung finanzieller Mittel beschränken. Die Soziale Frage muss breit angegangen werden. Fragen von Gesund-

4/5

heit, Bildung und sozialer Stadtentwicklung gehören ins Blickfeld. Ihre Beiträge müssen für eine gelingende Sozialpolitik aufeinander abgestimmt werden. Nötig sind Überlegungen über die Grenzen politischer «Disziplinen» und die bestehenden Instrumente hinaus, ausgehend von den realen Armuts- und Lebensrisiken. Wer ein geringes Einkommen und wenig Bildung hat, leidet häufiger unter gesundheitlichen Störungen: Leben am Limit macht Stress. Leben am Limit schwächt die Abwehrkräfte und das Immunsystem. Leben am Limit macht verletzlich. Finanzielle Not, Arbeitslosigkeit und schlechte Wohnverhältnisse machen krank.

Ein umfassender Blick ermöglicht uns viel eher, präventiv zu wirken, statt im Nachhinein «Reparaturmassnahmen» erbringen zu müssen. Vielmehr sind wirkungsvolle Investitionen in die Zukunft gefragt. Deshalb haben wir auch die Frühförderung, die Gesundheit und die Stadtentwicklung heute zu Workshop-Themen gemacht.

3) Integration ist mehr als Arbeitsintegration

«Integration fördern» – so lautet der Beitrag der Städteinitiative zur Diskussion um eine gesamtschweizerische Armutsstrategie, die gegenwärtig geführt wird. Die Schweiz braucht Städte mit grosser Integrationskraft, die auch Schwächeren Chancen bieten, statt sie auszugrenzen. Integration ist dabei mehr als die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der erste Arbeitsmarkt nicht alle Arbeitslosen, Sozialhilfebeziehenden und IV-Renterinnen und -Rentner aufnehmen kann. Im Gegenteil: Wir sollten uns dezidiert gegen die Fiktion zur Wehr setzen, dass sich das Problem durch eine immer intensivere Beackerung des ersten Arbeitsmarkts durch immer mehr Verwaltungsstellen und Sozialversicherungen lösen lässt. Sicher ist durch ein geschicktes Zusammenspannen zwischen IV, ALV und Sozialhilfe noch einiges zu verbessern. Die Städteinitiative kann hier Ideen entwickeln, eine starke Allianz bilden und neue Lösungen erproben.

Aber wir müssen ehrlich sein. Der Arbeitsmarkt ist nicht in der Lage alle auch teilweise Arbeitsfähigen aufzunehmen. Ein seit drei Jahren arbeitsloser 56-jähriger Mann ohne qualifizierte Ausbildung hat heute keine Chance im ersten Arbeitsmarkt. Arbeit gibt es trotzdem für solche Menschen. Wir müssen im gemeinnützigen Bereich neue Möglichkeiten von Beschäftigung eröffnen. Der Mensch ist ein soziales Wesen und wir streben nach Anerkennung und wollen respektiert werden. Was machen wir also mit jenen, die keine Stelle mehr finden? Wie können wir sicherstellen, dass sie sozial nicht ausge-

5/5

grenzt werden? Welche Perspektiven gibt es für sie? Mit welchen präventiven Massnahmen können wir ihre Anzahl verringern? Auf diese Fragen müssen die Städte kreative Antworten geben und den Nutzen von Anstrengungen in der sozialen Integration aufzeigen. Auch diesem Thema widmet sich nachher ein Workshop.

Meine Damen und Herren,

Die Städte sind Orte, wo Menschen auf engem Raum leben. Städte erzeugen Freiheiten, Nischen und sie erzwingen neue soziale Differenzierungen. Stadtluft macht frei und klug: Nicht jeden und nicht sofort, aber auf Dauer bieten grössere Ansammlung von Menschen ungleich mehr Optionen, Nischen und Chancen für den Einzelnen. Städte erlauben Menschen schneller voneinander zu lernen. Nutzen wir das!

Städte sind kompetent für soziale Fragen. Entsprechend geht es nicht darum, zu jammern, und auch nicht nur ums Fordern, Verteidigen und Warnen. Unsere Chance liegt in einem selbstbewussten Auftritt: als Städte.

Zeigen wir, was wir können. Als innovative Städte sind wir in der Lage intelligente, kreative Lösungen aufzuzeigen. So komme ich zurück auf meinen Leitsatz: *Die Städteinitiative ist ein Kompetenzzentrum für lokale Sozialpolitik, lösungsorientiert und reich an Erfahrung!* Dafür möchte ich mich als Präsident der Städteinitiative einsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!